

Tagesordnungspunkt 11

der öffentlichen Sitzung des Ortsbeirates des Ortsbezirkes Wiesbaden Mitte am 21. August 2008

Zukünftige Nutzung des bisherigen Gerichtsgeländes in der Südlichen Innenstadt

Antrag der SPD-Fraktion:

Der Magistrat wird gebeten über den derzeitigen Sachstand zum Gerichtsgelände im Quartier Moritz- / Oranienstraße zu berichten. Dabei soll insbesondere dargelegt werden,

- inwieweit Gespräche mit der European Business-School über einen Umzug in das Gerichtsgebäude geführt wurden und wie sich hier der aktuelle Sachstand darstellt,
- welche Vorstellungen über die Verwertung des Geländes seitens der Hessischen Landesregierung dem Magistrat vorliegen.

Außerdem muss der Magistrat endlich ein städtebauliches Konzept für das Gerichtsgelände vorlegen, das eine Gesamtkonzeption für das Wohngebiet Südliche Innenstadt beinhaltet und nicht auf die Verwertungsinteressen des Landes abgestellt ist.

Aus Ortsbeiratssicht sollten dabei folgende Ideen aufgegriffen werden:

- Ergänzung des Altbau-Ensembles durch eine nachhaltige und hochwertige architektonische Lösung,
- Vor dem Hintergrund des Klimawandels vorzugsweise nach dem Vorbild südländischer Atrium-Bauten
- eine generelle Aufwertung der Moritzstraße durch die Urbanisierung („Öffnung“) des Neubaus zum Bürgersteig hin,
- eine unterirdische Parkgarage für Anwohner und Nutzer des Areals,
- Im Innenhof eine öffentlich zugängliche Grünfläche mit Brunnen,
- ein Spielplatz, der für mehrere Generationen geeignet ist,
- eine weitere Kindertagesstätte für die südliche Innenstadt samt Außengelände,

- ein Generationen übergreifendes Wohnhaus, das für gemeinsames Leben aller Altersgruppen in der Innenstadt steht.
- eine Postfiliale
- ein Generationen übergreifendes Wohnhaus, das für gemeinsames Leben aller Altersgruppen in der Innenstadt steht.
- Eine öffentliche Nutzung zumindest des Altbaus mit Publikumsverkehr

Außerdem möge der Magistrat darlegen, ob die Planungen in diesem Sinne soweit vorangetrieben werden können, das ein längeren Leerstand der Gerichtsgebäude und seine negativen Folgen für das Gebäude und die südliche Innenstadt verhindert werden können.

Beschluss Nr. 0090

Antrag der SPD-Fraktion antragsgemäß beschlossen.

+

+

Verteiler:

Dezernat IV z.w.V.

Dezernat V z.K.

Dezernat VI z.K.

Seibert-Gölz
Ortsvorsteherin